

E-PAPER

«Aus den Augen, aus dem Sinn» –
Flüchtlinge und Migranten an
den Rändern Europas

Die zentrale Mittelmeer- route

THOMAS SCHMID

Eine Publikation der Heinrich-Böll-Stiftung, August 2016

Die zentrale Mittelmeerroute

verfasst von Thomas Schmid

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Vorwort zur Reihe | 3 |
| Einleitung | 5 |
| Schlüsselstaat Libyen | 7 |
| Ägypten im Fokus | 9 |
| Nichts wie weg – von Krieg, Armut und Diktatur | 10 |
| Italiens Operation Mare Nostrum | 11 |
| Frontex-Mission Triton | 12 |
| Von Seenotrettung zur Fluchtabwehr | 14 |
| EUNAFVOR MED / Operation Sophia | 16 |
| Aufbau von Libyens Küstenwache | 19 |
| Ausweitung des Mandats | 20 |
| Militarisierung des Grenzschutzes | 21 |
| Grenzkontrollen am Brenner | 22 |
| Hotspots, Aufnahme- und Abschiebelager | 24 |
| Ausblick | 27 |
| Der Autor | 28 |
| Impressum | 28 |

Vorwort zur Reihe «Aus den Augen, aus dem Sinn» – Flüchtlinge und Migranten an den Rändern Europas

In der Hoffnung, die Zahl der irregulären Einreisen in die EU zu reduzieren, verstärkt die Europäische Union 2016 erneut ihr Grenzregime: Registrierzentren auf den griechischen Inseln, die Ausweitung militärischer Operationen auf dem Mittelmeer, das Abkommen mit der Türkei sowie Rückübernahmeabkommen mit den Maghrebstaaten sind die vielleicht wichtigsten Komponenten. Der Deal mit Ankara soll zudem zum Modell für weitere «Partnerschaften» des vorgelagerten Grenzschutzes rund um das Mittelmeer werden. Denn obwohl die Zahl von Menschen auf der Flucht weltweit steigt, setzen die 28 EU-Staaten weiter auf eine Senkung der Flüchtlingszahlen. Erreicht werden soll dieses Ziel durch verbesserte Sicherung der Außengrenzen und durch finanzielle wie politische Anreize für kooperierende Regierungen der Transitländer.

Ob die neu aufgelegte Doktrin der Grenzsicherung und Abschreckung aufgeht, bleibt jedoch fraglich. Zunächst einmal geht sie zulasten der Menschen auf der Flucht. Mit dieser Politik einher geht die schleichende Verabschiedung von international anerkannten rechtlichen Standards. An Schritten zur Ausweitung legaler Einreisemöglichkeiten hingegen mangelt es weiter, zumal die Verteilungsfragen innerhalb Europas nicht gelöst werden. Und auch wenn der EU-Türkei-Deal Kontingentslösungen vorsieht, bleibt unklar, unter wessen Beteiligung.

Migranten und Migrantinnen, die auf der Suche nach einem besseren Leben die gefährlichen Routen durch Afrika oder Asien wählen und sich Schleppern ausliefern, um schließlich nach Europa zu gelangen, sind vielfach ohne Bleibechance.

Um angemessene Antworten auf die anhaltenden Bewegungen von Flüchtlingen und Migranten in Europas unmittelbarer Nachbarschaft zu finden, ist ein unvoreingenommener Blick über die Außengrenzen der Union hinweg nötig. Dazu will die E-Paper-Reihe «Aus den Augen, aus dem Sinn – Flüchtlinge und Migranten an den Rändern Europas» beitragen. Die Paper werfen zunächst einen kritischen Blick auf jene Mechanismen und Instrumente, mit denen die EU aktuell operiert. Diese Maßnahmen basieren auf einem fragilen Geflecht aus Kooperationen, die das ganze Vorhaben schnell zum Scheitern bringen könnten.

Zudem beleuchten die E-Paper Staaten, die bereits heute die Hauptlast des Krieges in Syrien schultern. Allein im Nahen und Mittleren Osten sind zwanzig der weltweit sechzig Millionen Menschen auf der Flucht. Aufnahmestaaten wie Jordanien oder der Libanon sind längst an den Grenzen ihrer politischen und ökonomischen Kapazitäten angelangt.

Die Schaffung stabilerer Verhältnisse in den Transitstaaten wie in den Herkunftsländern müsste den Menschen langfristig Perspektiven bieten, und das über die Floskel von der notwendigen Bekämpfung der Fluchtursachen hinaus. Neben humanitärer Grundversorgung gehören dazu auch Bildungsmöglichkeiten und der Zugang zum Arbeitsmarkt. Stattdessen wird Entwicklungszusammenarbeit zum Anreiz in der von Europas Interessen bestimmten Migrations- und Flüchtlingspolitik mobilisiert. Ein Abschied von dieser reaktiven und kurzsichtigen Herangehensweise hin zu einem humaneren und gleichsam wirkungsvolleren Vorgehen der EU ist dringend geraten.

Kirsten Maas-Albert Markus Bickel

Einleitung

Vorab die nackten Zahlen: 153.842 Menschen erreichten im Verlauf des Jahres 2015 über das Mittelmeer Italien, und bis Ende Juli 2016 kamen weitere 79.851[1]. Da hatte der Sommer – wegen der oft ruhigen See die für Flüchtlinge[2] und Migranten die günstigste Jahreszeit – gerade erst richtig begonnen. Fabrice Leggeri, Direktor der Europäischen Grenzschutzagentur Frontex, stellte bereits Ende Juni 2016 fest: «Die zentrale Mittelmeerroute ist so stark frequentiert wie noch nie.»[3] Er erwartet für das gesamte Jahr 2016 etwa 300.000 Menschen, die über Libyen in die EU einreisen.

Frontex unterscheidet zwischen der westlichen Mittelmeerroute (von Algerien und Marokko nach Spanien), der östlichen Mittelmeerroute (von der Türkei nach Griechenland) und der zentralen Mittelmeerroute (von Nordafrika, vor allem Libyen, nach Italien). Während auf der westlichen Mittelmeerroute nur noch wenige Flüchtlinge in der EU ankommen, ist seit der weitgehenden Blockierung der Balkanroute (Griechenland-Mazedonien-Serbien-Kroatien-Slowenien-Österreich-Deutschland) im Frühling 2016 die zentrale Mittelmeerroute wieder zur Hauptroute der Flüchtlinge geworden.

Bis Ende Juli dieses Jahres sind 2.954 Menschen im Mittelmeer ertrunken[4], im Durchschnitt 14 pro Tag. Das ist etwa ein Drittel mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die übergroße Mehrheit von ihnen starb auf dem Weg von Libyen nach Italien, auf der weltweit gefährlichsten Fluchtroute überhaupt. Über 10.000 Menschen hat das Mittelmeer seit Jahresbeginn 2014 verschluckt. Etwa ein Fünftel von ihnen waren Kinder.[5]

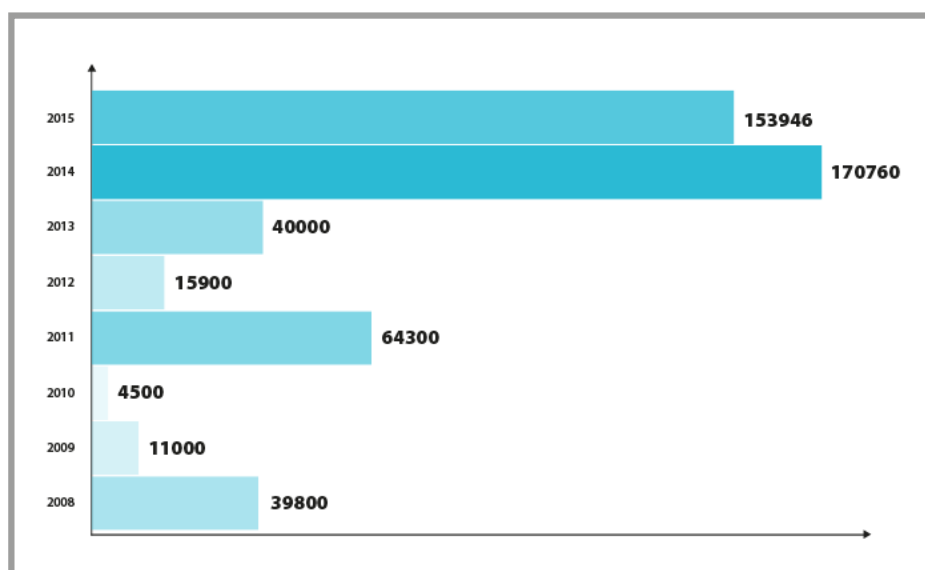
- 1 Update vom 21.07.2016: <http://data.unhcr.org/mediterranean/country.php>
- 2 Der Begriff Flüchtlinge umfasst in diesem E-Paper generell Menschen, die vor Repression, Krieg oder Armut fliehen. Das umfasst politische Flüchtlinge im Sinn der Genfer Konvention, d.h. Menschen, die wegen ihrer Rasse, Religion, Nation, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung verfolgt werden und damit ein Recht auf Asyl genießen. Dazu zählen zudem Kriegsflüchtlinge, die wegen des Non-refoulement-Gebots nicht in ihre Länder zurückgeschickt werden können und deshalb Anrecht auf humanitären Schutz haben, wie auch Armutsflüchtlinge, im Fachjargon Migranten genannt, die kein Anrecht auf Schutz haben und prinzipiell zurückgeführt werden können. Zu welcher der drei Gruppen, die sich im Übrigen oft nicht scharf voneinander abgrenzen lassen, jemand gehört, wird in den sogenannten Hotspots festzustellen versucht. Man kann auf keinen Fall davon ausgehen, dass Flüchtlinge aus subsaharischen Ländern generell Armutsflüchtlinge sind. Unter ihnen gibt es viele, die vor dem Krieg in Somalia oder dem Terror von Boko Haram in Nigeria oder der Repression in Gambia geflohen sind. Aber eine Mehrheit unter ihnen mag tatsächlich vor Armut und Elend geflohen sein.
- 3 <http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/fluechtlinge-frontex-chef-leggeri-warnt-vor-illegale-grenzuebertritte-14312633.html>
- 4 migration.iom.int/europe
- 5 Das gilt für das Jahr 2015. Siehe: Raffaella Cosentino, Il rischio dell'indifferenza, in: dies. (Hg.), Immigrazione, S. 11

Das Mittelmeer ist zum Massengrab geworden, das antike mare nostrum zum mare nostrum.[6]

Die zentrale Mittelmeerroute hat in den letzten zehn Jahren eine wechselreiche Geschichte hinter sich. Noch im Jahr 2008 wurden 40.000 Flüchtlinge registriert, die vor allem in Malta, auf Lampedusa, in Sizilien und Süditalien an Land gingen.[7] Doch dann schlossen 2009 Italien, damals regiert von Silvio Berlusconi, und die Große Sozialistische Libysch-Arabische Volks-Dschamahirija, regiert von Muammar Gaddafi, ein «Freundschafts-, Partnerschafts- und Kooperationsabkommen», um das «schmerzhafteste Kapitel der Vergangenheit» definitiv zu schließen». Die frühere Kolonialmacht versprach der früheren Kolonie, als Wiedergutmachung für geschehenes Unrecht fünf Milliarden Dollar für den Ausbau der Infrastruktur bereitzustellen, im Wesentlichen ging es um den Bau einer 1.600 Kilometer langen Küstenautobahn von der tunesischen bis zur ägyptischen Grenze.

«Italienische Firmen sorgen für die Realisierung dieser Projekte», heißt es im Vertrag.[8] Im Gegenzug verpflichtete sich die frühere Kolonie, für den «Kampf gegen die klandestine Einwanderung» mit Hilfe italienischer Firmen, die über das notwendige technologische Know-how verfügten, ein Grenzkontrollsystem zu errichten.

Irreguläre Einreisen über die zentrale Mittelmeerroute



Quelle: <http://frontex.europa.eu/trends-and-routes/central-mediterranean-route/>

6 So der Titel eines Buches des italienischen Journalisten Alessio Mannini (Arianna Editrice, Bologna 2014)

7 <http://frontex.europa.eu/trends-and-routes/central-mediterranean-route/>

8 Der Vertragstext auf italienisch: https://it.wikisource.org/wiki/Trattato_di_amicizia,_partenariato_e_cooperazione_tra_la_Repubblica_Italiana_e_la_Grande_Giamahiria_Araba_Libica_Popolare_Socialista

Die Zusammenarbeit klappte vorzüglich. Insgesamt 1.200 Flüchtlinge wurden von der dem italienischen Wirtschafts- und Finanzministerium unterstellten Finanzpolizei (Guardia di Finanza) oder der Küstenwache (Guardia di Costiera) auf hoher See aufgegriffen, nach Libyen zurückgebracht und den dortigen Behörden übergeben[9] – ein klarer Verstoß gegen das in der 1953 in Kraft getretenen Europäischen Menschenrechtskonvention festgeschriebene Non-Refoulement- oder Nichtzurückweisungs-Prinzip, nach dem kein Flüchtling in ein Land rückgeführt werden darf, in dem ihm Folter, unmenschliche oder erniedrigende Strafe oder Behandlung droht.

Schlüsselstaat Libyen

24 Flüchtlinge aus Somalia und Eritrea, die von der italienischen Küstenwache aufgebracht und einem Kriegsschiff der italienischen Marine übergeben wurden, das sie den libyschen Behörden überstellte, hatten dann 2012 vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte mit ihrer Klage Erfolg. Das Gericht verurteilte den italienischen Staat wegen Verletzung des Non-Refoulement-Gebots sowie wegen Verstoßes gegen das Verbot kollektiver Ausweisung und wegen verweigerten Rechtsschutzes. Jedem der 24 Antragsteller wurde ein Schadenersatz von 15.000 Euro zugesprochen. [10]

Der schmutzige Deal zwischen dem italienischen Premier und dem libyschen Diktator tat seine Wirkung. Im Jahr 2010 wurden gerade noch 4.500 Flüchtlinge auf der zentralen Mittelmeerroute gezählt.[11] Wenige Wochen nachdem Zine-el-Abidine-Ben-Ali und Husni Mubarak, die Langzeitdiktatoren Tunesiens und Ägyptens, Anfang 2011 gestürzt wurden, unterstrich Gaddafi seinen Wert für Europa und warnte vor den Konsequenzen einer Destabilisierung Libyens: «Tausende werden von Libyen aus in Europa einfallen. Niemand wird sie mehr aufhalten.»[12] Im halben Jahr zwischen dem Beginn des Aufstands in Libyen und der Eroberung von Tripolis im August 2011 durch die Rebellen bestiegen dann tatsächlich 40.000 Menschen aus dem subsaharischen Afrika an der libyschen Küste Boote Richtung Lampedusa, Malta oder Sizilien.

9 <https://www.amnesty.ch/de/laender/europa-zentralasien/italien/dok/2012/egmr-urteil-bootsfluechtlinge>

10 <http://www.migrationsrecht.net/nachrichten-asyrecht/egmr-menschenrechte-fluechtlinge-zurueckweisung.html>

11 <http://frontex.europa.eu/trends-and-routes/central-mediterranean-route/>

12 Im Interview mit der französischen Wochenzeitung «Le Journal du Dimanche» vom 06.03.2011 (<http://www.lejdd.fr/International/Afrique/Actualite/Exclusif-L-interview-integrale-accordee-par-Mouammar-Kadhafi-au-JDD-278745>)

Viele von ihnen hatten zuvor in Libyen Arbeit gefunden. Jahrelang hatte Gaddafi, der sich gern «König der Könige von Afrika» betiteln ließ, gegenüber den Ländern südlich der Sahara eine großzügige Einwanderungspolitik betrieben. Andererseits hatte er dort auch Söldner anwerben lassen. Deshalb kam es während des Aufstands gegen Gaddafi zu Pogromen gegen «Schwarze». Viele der Gastarbeiter flüchteten übers Meer.

Nach dem Sturz von Gaddafi sank die Zahl jener, die sich von Libyen aus auf die gefährliche Route nach Italien wagten, deutlich und nahm erst mit dem Beginn des libyschen Bürgerkriegs 2014 wieder rapide zu. Die Schlepper hatten sich neu organisiert, und das politische Chaos sowie die Abwesenheit eines funktionierenden Staates erleichtern ihnen seither das Geschäft. Im Jahr 2014 flüchteten 170.760^[13] über die zentrale Mittelmeerroute – ein Rekord, der in diesem Jahr gebrochen werden könnte.

Dass die Zahl der Flüchtlinge auf der zentralen Mittelmeerroute im Jahr 2015 auf 153.946 gefallen ist^[14], ist dem Umstand geschuldet, dass viele Syrer auf die östliche Mittelmeerroute auswichen.^[15] Man könnte nun annehmen, dass nach der Blockade der Balkanroute viele Syrer wieder die zentrale Mittelmeerroute wählen. Doch bislang kann davon keine Rede sein. In den ersten fünf Monaten des Jahres 2016 kamen nur noch 85 Syrer über Libyen oder Ägypten in die EU. Der Weg über die zentrale Mittelmeerroute ist für sie schwieriger geworden.

Auf der einen Seite haben Ägypten wie Libyen für Syrer wieder die Visumpflicht eingeführt. Auf der anderen Seite sind es bei den syrischen Flüchtlingen oft ganze Familien, die dem Krieg entfliehen, während die meisten Afrikaner aus den Staaten südlich der Sahara sich allein auf die Flucht begeben und sich dann durch die Wüste schlagen. Hinzu kommt, dass der Weg von der türkischen Küste zu den griechischen Inseln Lesbos, Chios oder Kos vergleichsweise kurz war. Da konnte man zusammenbleiben. Aber eine ganze Familie durch die Wüste zu bringen, sie in den Lagerhallen, Verschlagen und Schuppen libyscher Schlepper zusammenzuhalten, ist mit ungleich größeren Gefahren verbunden. In den Gebäuden, in denen die Flüchtlinge bis zur Abfahrt der Boote oft wochenlang eingesperrt sind, gehören Misshandlungen und Vergewaltigungen durch von Schleppern engagierte Wächter zum Alltag.

13 <http://frontex.europa.eu/trends-and-routes/central-mediterranean-route/>

14 <http://frontex.europa.eu/trends-and-routes/central-mediterranean-route/> Diese Zahl weicht sehr geringfügig von der Angabe der UNHCR (s. Fußnote 1) ab.

15 Ungefähr 40.000 syrische Flüchtlinge kamen 2014 über die zentrale Mittelmeerroute, 2015 waren es noch 7.448. Über die östliche Mittelmeerroute kamen 2014 erst 27.025, im Jahr 2015 hingegen 489.011 (siehe. Frontex, Risk Analysis for 2016, S. 6 und 17)

Ägypten im Fokus

Doch es mehren sich die Anzeichen, dass unter den 120.000 vom Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) in Ägypten registrierten syrischen Flüchtlingen[16] die Bereitschaft wächst, direkt von der ägyptischen Küste aus nach Italien zu gelangen. Über eine Route also, die zunehmend von ostafrikanischen Flüchtlingen, aber auch von vielen minderjährigen Ägyptern eingeschlagen wird. Die Reise dauert zehn bis 15 Tage und ist wesentlich teurer und gefährlicher als die Überfahrt von Libyen nach Italien. In der Regel werden die Flüchtlinge mit Gummibooten auf ein sogenanntes Mutterschiff gebracht, das vor der Küste, aber schon in internationalen Gewässern, wartet. Kurz vor den italienischen Küstengewässern werden die Flüchtlinge dann wieder auf kleine Boote ausgesetzt.

Die Balkanroute ist weitgehend blockiert. Und zum ersten Mal seit Juni 2015 sind im April 2016 wieder mehr Flüchtlinge über die zentrale Mittelmeerroute in die EU gelangt als über die östliche Mittelmeerroute. Dieser Trend dürfte sich fortsetzen, denn die Überfahrt von Libyen nach Italien lässt sich viel schwieriger sperren als jene von der Türkei nach Griechenland. An der libyschen Küste warten 100.000 bis 200.000 afrikanische Flüchtlinge auf ein Boot, das sie nach Europa bringt.[17] Wohl ebenso viele Afrikaner aus Staaten südlich der Sahara leben in den libyschen Küstenstädten als Migranten. Sie haben dort Arbeit gefunden, schicken Geld nach Hause und kehren vielleicht wieder in ihre Heimatländer zurück. Oder fliehen möglicherweise selbst übers Meer, sollten die bewaffneten Auseinandersetzungen in Libyen eskalieren.

Woher aber kommen diese Afrikaner, die in Libyen in Boote steigen, in der Regel auf hoher See aufgefischt und dann in italienische Häfen gebracht werden? In der ersten Jahreshälfte 2016 waren die Spitzenreiter Eritrea (15%), Nigeria (14%), Gambia (9%) und Somalia (8%).[18] In Eritrea herrscht kein Krieg, sondern bittere Armut und eine Diktatur, die alle Einwohner zu einem grundsätzlich unbefristeten «Nationaldienst» – faktisch Zwangsarbeit in Lagern – zwingt, der Jahrzehnte dauern kann. Dies ist der Hauptgrund, weshalb jeden Monat etwas 5.000 Eritreer das Land verlassen. Nigerianer gelten in der Regel als

16 <http://data.unhcr.org/syrianrefugees/regional.php>

17 laut dem Auswärtigen Amt in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage von Abgeordneten der Fraktion Die Linke (Bundestagsdrucksache Nr. 18-8358 vom 06.05.2016: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/085/1808593.pdf>). Das AA nennt die Internationale Organisation für Migration (IOM) als Quelle. Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini sprach von «450.000 internen und ausländischen Flüchtlingen in Libyen, die möglicherweise Kandidaten für eine Überfahrt nach Europa sein könnten» (<http://www.europapress.es/internacional/noticia-mogherini-alerta-hay-mas-450000-potenciales-inmigrantes-europa-libia-20160318161053.html>). Bundesinnenminister Thomas de Maizière soll in einer CDU-Bundesvorstandssitzung der CDU sogar von einer Million Flüchtlingen an der libyschen Küste gesprochen haben (<http://de.reuters.com/article/eu-fl-chtlinge-libyen-minister-idDEKBN0NB15I20150420>)

18 <http://data.unhcr.org/mediterranean/country.php?id=105>

Armutsfüchtlinge. Doch wurden seit dem Beginn des Aufstands der islamistischen Terrormiliz Boko Haram im Jahr 2009 im Nordosten des Landes 15.000 bis 20.000 Menschen getötet und über zwei Millionen vertrieben.[19] Terror und Krieg, die bereits zu Nahrungsengpässen führen, sind möglicherweise inzwischen die wichtigste Fluchtursache.

Nichts wie weg – von Krieg, Armut und Diktatur

Gambia, das kleinste Land Afrikas, wird von einem Präsidenten regiert, der sich vor 22 Jahren an die Regierung geputzt hat, unbotmäßige Journalisten ins Gefängnis wirft, Oppositionelle foltern lässt, öffentlich gegen Schwule hetzt und behauptet, Aids heilen zu können sowie ein Mittel gegen Unfruchtbarkeit bei Frauen entwickelt zu haben. Gambia ist eine Diktatur und seine Bewohner sind in ihrer großen Mehrheit bitterarm. Somalia ist ein gescheiterter Staat, in dem weite Gebiete von der islamistischen Terrormiliz al Shabaab beherrscht werden und aus dem 1,1 Millionen Menschen geflohen sind.

Eritrea, Nigeria, Gambia und Somalia sind die wichtigsten Herkunftsstaaten der Flüchtlinge, die in Italien an Land gehen. Wir kennen diese Flüchtlinge aus den Bildern und Videos: schwarze Menschen in überfüllten Booten zusammengepfercht. Eine menschliche Tragödie, auf die auch in Italien lange vorwiegend mit Achselzucken und schärferen Gesetzen reagiert wurde. Ein amtierender Minister forderte sogar schon im Jahr 2003 den bewaffneten Einsatz der Marine gegen die Flüchtlinge: Umberto Bossi, Chef der rechtspopulistischen Lega Nord und unter Berlusconi Minister für Reformen, sagte damals: «Bei der zweiten oder dritten Warnung - pumm! - feuert die Kanone. Ohne lange Reden. Die Kanone erledigt sie alle. Anders werden wir damit nicht fertig.»[20]

Zehn Jahre später, im Juli 2013, setzte einer laut und deutlich ein gegensätzliches Signal: Papst Franziskus. Seine erste Dienstreise im neuen Amt führte ihn nach Lampedusa. Dort warf er als Hommage an die vielen tausend ertrunkenen Afrikaner einen Blumenkranz ins Meer, und in seiner Predigt geißelte er die «Globalisierung der Gleichgültigkeit». Zehntausend hörten ihm auf der Insel zu, Millionen Italiener verfolgten die Szene am Fernsehen. Doch es bedurfte noch einer großen Katastrophe, bevor sich tatsächlich etwas änderte.

19 Süddeutsche Zeitung vom 09.06.2016 und Handelsblatt vom 22.06.2016 (<http://www.handelsblatt.com/politik/international/camp-in-nigeria-fast-200-fluechtlinge-sterben-an-mangelernaehrung/13774512.html>)

20 http://www.corriere.it/Primo_Piano/Politica/2003/06_Giugno/16/bossi_intervista.shtml

Italiens Operation Mare Nostrum

Am 3. Oktober 2013 fing eine halbe Seemeile vor der Küste Lampedusas, also in italienischen Hoheitsgewässern, nur wenige Seemeilen vor dem Hafen der Stadt, ein überladenes Flüchtlingsschiff Feuer und sank: 366 Leichen wurden geborgen. Die meisten der Ertrunkenen stammten aus Eritrea und Somalia. Ein Aufschrei des Entsetzens ging durch Europa. Italiens Präsident Giorgio Napolitano erklärte: «Ich bin beschämt und entsetzt.»

Auch in Deutschland war man nach der Schiffskatastrophe vom Oktober 2013 entsetzt. Bundespräsident Joachim Gauck erklärte: «Leben zu schützen und Flüchtlingen Gehör zu gewähren, sind wesentliche Grundlagen unserer Rechts- und Werteordnung.»[21] Noch deutlicher wurde der Münchner Erzbischof Reinhard Marx, damals Präsident der Kommission der Bischofskonferenz der EU. «Hinter der Tragödie von Lampedusa steckt der Gedanke, möglichst zu verhindern, dass jemand europäischen Boden betritt», sagte er. «Auch wenn Europa nicht jeden aufnehmen kann, dürfen wir niemanden an den Grenzen zu Tode kommen lassen.»[22]

Giusi Nicolini, die kämpferische Bürgermeisterin von Lampedusa, flog nach Brüssel, um sich dort mit Martin Schulz, dem Präsidenten des Europaparlaments, zu treffen. Sie flehte ihn an: «Man muss den Flüchtlingen die Chance geben, dass sie nicht sterben. Ohne ein neues Asyl- und Einwanderungsrecht sind es nicht nur die Einwanderer, sondern Europa, das vor Lampedusa untergehen wird. Sie alle haben diese Boote gesehen. Wir hoffen auf Veränderungen. Enttäuschen Sie uns nicht.»[23]

Die Appelle an die europäischen Partner verhallten, die Empörung legte sich. Und als acht Tage nach der Katastrophe vom 3. Oktober 2013 auf hoher See zwischen Libyen und Lampedusa wieder ein Schiffbruch rund 260 Tote forderte, fast alle syrische Flüchtlinge, wurde dies von der Öffentlichkeit kaum mehr wahrgenommen. Trotzdem, die italienische Regierung, damals von Enrico Letta (Partito Democratico) angeführt, wollte das Massensterben nicht weiter tatenlos hinnehmen. Am 18. Oktober 2013 startete sie die Operation Mare Nostrum. So wurde das Mittelmeer von den alten Römern bezeichnet, die einst all seine Küsten kontrollierten. So nannte es auch Benito Mussolini, der von der Wiederherstellung des Imperium Romanum träumte. Aber nun ging es Italien einfach ums Meer, das uns – Afrikaner und Europäer – verbindet. Unser Meer eben.

Etwa ein Jahr lang – bis zum 31. Oktober 2014 – operierten durchschnittlich vier Schiffe der italienischen Marine im Mittelmeer, um Schiffbrüchige zu retten. Unterstützt wurden

21 <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2013/10/131004-0V-Deutsche-Einheit.html>

22 <http://www.taz.de/!5057304/>

23 <http://de.euronews.com/2013/10/24/lampedusa-hofft-auf-reform-der-eu-fluchtlings--und-asylpolitik/>

sie von Aufklärungsflugzeugen und Drohnen der Luftwaffe. Zwei Monate lang beteiligte sich auch die slowenische Marine. Auch wenn nicht nur Flüchtlinge gerettet, sondern auch Schleuser aufgegriffen werden sollten, so machte den Kern der Operation Mare Nostrum doch im Wesentlichen die Seenotrettung aus. Der Operationsradius der Mission reichte bis vor die libyschen Küstengewässer. Italien kam finanziell ganz allein für Mare Nostrum auf – mit monatlich über neun Millionen Euro, insgesamt 114 Millionen. Mehr als 150.000 Flüchtlinge wurden gerettet.[24]

Im Oktober 2014 ließ das krisengebeutelte Italien Mare Nostrum auslaufen. Ohne Erfolg hatte die italienische Regierung um finanzielle Unterstützung der EU gebeten. Zudem geriet sie mit der Seenotrettung unter scharfe Kritik der rechtspopulistischen Lega Nord. Deren Chef, Matteo Salvini, behauptete, Mare Nostrum sei staatliche Unterstützung für Schleuser und verantwortlich für Tausende von Toten.[25] In eine ähnliche Kerbe – wenn auch ohne populistische Rhetorik – schlug der deutsche Innenminister Thomas de Maizière. «Mare Nostrum war als Nothilfe gedacht und hat sich als Brücke nach Europa erwiesen», bilanzierte er Anfang Oktober 2014.[26] An einer Europäisierung der Seenotrettung war Deutschland und auch den anderen Staaten der EU nicht gelegen. Stattdessen wurde nun die Europäisierung des Schutzes der EU-Außengrenze – oder des Schutzes vor einer «Invasion» von Afrikanern, die Salvini beschwor – mit einer neuen Mission verstärkt.

Frontex-Mission Triton

An die auslaufende italienische Mission Mare Nostrum schloss sich nahtlos die europäische Mission Triton an. In der griechischen Mythologie ist Triton der Sohn von Poseidon, dem Gott des Meeres, und von Amphitrite, die zu den Nereiden zählt, den Nymphen des Meeres, die Schiffbrüchige beschützen. Und wie seine Mutter so half auch Triton, ein seltsames Mischwesen mit menschlichem Oberkörper, Fischschwanz und Pferdefüßen, Schiffbrüchigen: Er zog das Schiff der Argonauten, das ein Wirbelsturm in die libysche Wüste verschlagen hatte, durch den Sand zurück ans Meer. Dieser Triton wurde nun also Namenspatron einer Operation von Frontex, die – unter italienischem Kommando – am 1. November 2014 die Nachfolge von Mare Nostrum antrat, einer Operation, der es vorrangig nicht mehr um Seenotrettung ging, sondern um den Schutz der EU-Außengrenze in Italien.

24 <http://www.iom.int/news/iom-applauds-italys-life-saving-mare-nostrum-operation-not-migrant-pull-factor>

25 <http://noiconsalvini.org/salvini-mare-nostrum-ha-causato-migliaia-di-morti-e-aiuta-gli-scafisti/>

26 <http://www.sueddeutsche.de/politik/2.220/seenotrettung-fuer-fluechtlinge-das-mittelmeer-wird-wieder-unsicherer-1.2199997>

Folgerichtig wurde das Einsatzgebiet dann auch stark reduziert. Am Vorabend des Beginns der neuen Operation erklärte Italiens Innenminister Angelino Alfano: «30 Seemeilen vor der Küste Italiens endet Europa, bis dorthin sind wir präsent. Bei 30 Seemeilen ist man schon auf hoher See.»[27] Auf hoher See gilt internationales Seerecht, zum Beispiel die Pflicht zur Seenotrettung. Dies gilt für Fischerboote und Kriegsschiffe gleichermaßen, auch für Schiffe der Operation Triton, aber eben nur sofern sie gerade in der Nähe des Unglücks sind. Schon im Dezember 2014 zeigte sich Klaus Rösler, Frontex-Direktor der Abteilung Einsätze, in einem Brief an Giovanni Pinto, Direktor der italienischen Einwanderungsbehörde und der Grenzpolizei, besorgt, weil Triton auf Instruktion der Seenotrettungszentrale in Rom, bei der ein Satellitentelefonanruf eingetroffen war, auch außerhalb des Einsatzgebietes operiert habe. «Frontex ist der Ansicht», so schrieb Rösler aus der Warschauer Zentrale, «dass ein Anruf von einem Satellitentelefon aus nicht an sich schon ein Fall für <SAR> (Search and Rescue) ist.»[28] In der Regel alarmieren Flüchtlinge in Not per Satellitentelefon die Seenotrettungszentrale in Rom, und diese verständigt dann Schiffe, die für eine Rettung in Frage kommen.

26 Staaten sind an Triton beteiligt. Sie stemmen zusammen die Kosten, die monatlich zunächst 2,9 Millionen Euro betragen, weniger als ein Drittel dessen, was Italien für seine Mission Mare Nostrum vorher allein aufgebracht hatte. Wie erst die Katastrophe vor Lampedusa im Oktober 2013 die Operation Mare Nostrum ausgelöst hatte, so bedurfte es nun einer weiteren Katastrophe, um den Einsatz zu erhöhen.

In der Nacht vom 18. auf den 19. April 2014 sank auf hoher See zwischen Libyen und Italien ein Fischkutter. Mindestens 845 Flüchtlinge starben, 170 Leichen wurden direkt nach der Katastrophe geborgen, 675 weitere Leichen fand man im Wrack, das im Juli 2016 vom Meeresgrund gehoben wurde. Zwei Drittel von ihnen waren im Frachtraum eingeschlossen worden.[29] Seid Raad al-Hussein, UN-Hochkommissar für Menschenrechte, sprach von einem «monumentalen Mangel an Mitgefühl» und verlangte statt immer schärferer Abschottungsmaßnahmen legale Fluchtwege und mehr Rettungskapazitäten.[30] Zumindest auf letztere Forderung gingen die Staats- und Regierungschefs der EU schon vier Tage nach der Katastrophe ein. Sie beschlossen, das Budget für Triton zu verdreifachen. Außerdem stellten die EU-Staaten Frontex, die ja keine eigenen Schiffe und Flugzeuge hat, zusätzliche Patrouillenboote, Hubschrauber und Flugzeuge zur Verfügung – außerdem für

27 http://www.repubblica.it/politica/2014/10/31/news/immigrazione_alfano_portare_richieste_asilo_in_africa-99445825/. Nach dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen von 1982 gehört die Zwölfmeilenzone zu den Hoheitsgewässern, in der Zone zwischen zwölf und 24 Seemeilen, der sogenannten Anschlusszone, hat der Küstenstaat noch eingeschränkte Hoheitsrechte (beispielsweise polizeiliche Befugnisse bezüglich der Einreise und Zollkontrolle).

28 http://www.adnkronos.com/fatti/cronaca/2014/12/09/immigrati-frontex-preoccupata-per-troppi-interventi-fuori-area_cqMunzzmXQroK40IglXChM.html

29 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/wrack-im-mittelmeer-italiens-marine-birgt-675-tote-fluechtlinge-a-1103081.html>

30 <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-04/mittelmeer-katastrophe-kapitaen-verhaftet>

den Kampf gegen Schleuser auch neun Vernehmungs- und sechs Screening-Teams. Zudem wurde das Einsatzgebiet auf 138 Seemeilen südlich der sizilianischen Küste ausgeweitet.

Von Seenotrettung zur Fluchtabwehr

In den ersten zwanzig Monaten (November 2014 bis Juni 2016) war die Frontex-Operation Triton auf der zentralen Mittelmeerroute nach eigenen Angaben an der Rettung von 24.657 Flüchtlingen beteiligt.[31] Ihr eigentliches Ziel aber, den Schutz der Außengrenze, worunter sie vorrangig die Abwehr irregulär ankommender Flüchtlinge versteht, hat sie nicht erreicht. Im Jahr 2014 gingen so viel Flüchtlinge wie nie zuvor auf europäischem Boden an Land, und 2015 ging die Zahl der Flüchtlinge auf der zentralen Mittelmeerroute nur vorübergehend um zehn Prozent zurück, weil viele Syrer über die östliche Mittelmeerroute in die EU gelangten. Da die Balkanroute seit dem Abkommen zwischen der Türkei und der EU blockiert ist, befürchten viele, dass in diesem Jahr mehr Flüchtlinge denn je über die zentrale Mittelmeerroute ankommen. Also wünschen sich viele europäische Politiker analog zum Abkommen mit der Türkei ein Abkommen mit Libyen. Auch Angela Merkel. «Wir haben jetzt vor uns die Aufgabe, mit Libyen eine solche Kooperation hinzukriegen», sagte die Bundeskanzlerin Anfang April 2016.[32]

Im selben Monat gelangte ein internes EU-Dokument aus dem Stab der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini an die Öffentlichkeit, worin vorgeschlagen wird, dass die libyschen Behörden in Zusammenarbeit mit der EU «vorübergehende Auffanglager für Migranten und Flüchtlinge» unterhalten, dabei müsse «man auch über Inhaftierungseinrichtungen nachdenken».[33] Wolfram Lacher von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) warnte danach: «Migranten und Flüchtlinge in das Bürgerkriegsland Libyen zurückzuschicken, ist nicht vertretbar.»[34] Abschiebungen nach Libyen wird es wohl erst geben, wenn es in Tripolis eine Regierung gibt, die zumindest die Küste dauerhaft zu kontrollieren vermag. Davon ist man – auch nach der Etablierung einer neuen international anerkannten Regierung der nationalen Einheit unter Fayeze al-Sarraj auf einem Marinestützpunkt bei Tripolis Ende März 2016 – noch weit entfernt.

31 schriftliche Mitteilung von Frontex an den Autor vom 04.07.2016

32 <http://www.zeit.de/politik/2016-04/libyen-fluechtlinge-kooperation-eu-asylpolitik>

33 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-europaeische-union-peilt-schmutzigen-deal-mit-libyen-an-a-1089670-druck.html>

34 <http://www.swp-berlin.org/publikationen/kurz-gesagt/libyen-ist-kein-partner-fuer-die-europaeische-fluechtlingpolitik.html>

Die «blaue Grenze» zwischen Libyen und Italien lässt sich nicht so einfach absperren wie die Straße von Gibraltar oder die Grenze zwischen der Türkei und den ihr vorgelagerten griechischen Inseln. Auch nicht von der künftigen Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (European Border and Coast Guard – EBCG), zu der Frontex gerade ausgebaut wird. Frontex (ein Akronym für «frontières extérieures», Außengrenzen) wurde 2004 als «Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union» gegründet. Ihr Mandat beschränkt sich auf die Unterstützung von EU-Mitgliedsstaaten bei der Sicherung ihrer Außengrenzen. In der Regel stellt sie für ihre Operationen Teams aus Grenzschutzbeamten verschiedener EU-Staaten zusammen und greift auf einen technischen Ausrüstungspool zurück, den die einzelnen EU-Staaten zur Verfügung stellen.

Zumindest das soll sich nun ändern. Am 21. Juni 2016 einigten sich Rat, Kommission und Parlament der EU auf eine Verordnung, die am 6. Juli vom Europaparlament verabschiedet wurde. Die EBCG wird die bisherigen Aufgaben von Frontex übernehmen, aber einen eigenen Pool von Personal und Ausrüstung zusammenstellen können und über einen Soforteinsatzpool von mindestens 1.500 Grenzschutzbeamten verfügen. «Die vorrangige Aufgabe der europäischen Grenz- und Küstenwache besteht darin, in gemeinsamer Verantwortung das integrierte europäische Grenzmanagement an den Außengrenzen zu gewährleisten und praktisch durchzuführen, um dadurch die Migration wirksam zu steuern», heißt es in einer Pressemitteilung des Europäischen Rates und des Rates der Europäischen Union. Sie werde «aus einer Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (die bestehende Agentur Frontex mit erweiterten Aufgaben) sowie nationalen, für das Grenzmanagement zuständigen Behörden bestehen» und zu ihren Aufgaben wird auch «die Organisation, Koordinierung und Durchführung von Rückführungsmaßnahmen und -einsätzen» gehören.[35]

Das Mandat der EBCG soll mit den Mandaten der Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA) und mit der Europäischen Agentur für die Fischereiaufsicht (EFCA) abgestimmt werden. Schon bislang kooperiert Frontex eng mit der EMSA und der EFCA im Rahmen der von ihr betriebenen EUROSUR, die satellitengestützte Technik zur Überwachung der See- und Küstengebiete einsetzt. Damit kann sie zwar größere Schiffe erkennen, aber keine Gummiboote. Und die Aufklärung mit optischen Satelliten funktioniert nur tagsüber und bei wolkenlosem Himmel. Außerdem können die Bilder nicht in Echtzeit gesendet werden. Diese Lücken könnte schon bald die EMSA schließen, die ab Ende des Jahres das Mittelmeer mit Langstreckendrohnen überwachen will. Frontex – und damit die EBCG – wird zudem schon bald über das Europäische Erdbeobachtungsprogramm Copernicus auf das Datenrelaisystem EDRS zugreifen können, das der Airbus-Konzern gerade installiert und als «Weltraumdatenautobahn» anpreist. Es erlaubt

35 <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2016/06/22-border-and-coast-guard/>

über ein Netz von Bodenstationen, Drohnen und Satelliten in geostationärer Umlaufbahn die Übermittlung von Daten quasi in Echtzeit.[36]

Der schwierigste Punkt in den Verhandlungen zwischen Kommission und Parlament war die Frage, ob die EBCG auch gegen den Willen eines EU-Staates auf dessen Territorium operieren darf. Dagegen waren offenbar Staaten an der EU-Außengrenze wie Polen, Ungarn, Italien und Griechenland. Der Kompromiss: Die EBCG kann künftig beschließen, mit welchen Maßnahmen ein Mitgliedstaat Schwachstellen der Grenzüberwachung zu beseitigen hat. Wenn sich der betroffene Staat weigert, die Maßnahmen durchzuführen, geht der Fall an die EU-Kommission, die eine Vorlage für einen Beschluss des Rats erarbeitet. Bei einem hohen Migrationsdruck kann der Rat einem Mitgliedstaat einen Einsatz der EBCG aufzwingen. Und falls der betroffene Staat einen solchen nicht zulässt, kann er für zwei Jahre aus dem Schengenraum der Reisefreiheit ausgeschlossen werden. «Statt das Prinzip der offenen Binnengrenzen in Europa zu verteidigen, setzten die Mitgliedstaaten mit dem neuen europäischen Grenz- und Küstenschutz eine der größten Errungenschaft der EU aufs Spiel», bilanziert Ska Keller, migrations- und flüchtlingspolitische Sprecherin der Grünen im Europaparlament.[37]

EUNAVFOR MED / Operation Sophia

Frontex und die künftige EBCG sollen im Wesentlichen die europäischen Außengrenzen sichern. Die unter dem Dach von Frontex laufende Operation Triton hat zwar auch zahlreiche Schleuser festgenommen, es waren in der Regel Menschenschmuggler, die ihr im Rahmen der Seenotrettung, die ohnehin nicht ihre vorrangige Aufgabe war, in die Hände fielen. Sie hatten sich unter die Flüchtlinge gemischt. Aus zahlreichen Zeugenaussagen geretteter Flüchtlinge geht zudem hervor, dass kaum noch Schleuser selbst in die Boote steigen. Sie drücken in der Regel einfach einem Flüchtling, der als Steuermann umsonst fahren darf, ein Satellitentelefon und ein GPS-Gerät in die Hand.

Am 18. Mai 2015 aber beschloss nun der Europäische Rat eine Mission, deren erklärtes Hauptziel die Bekämpfung des Menschenschmuggels im Mittelmeer zwischen Libyen, Tunesien und Italien ist: EUNAVFOR MED. Das Kürzel steht für European Union Naval Force – Mediterranean.

36 <http://www.heise.de/tp/artikel/48/48166/1.html> sowie <https://www.cilip.de/2016/06/22/neue-europaeische-agentur-fuer-die-grenz-und-kuerstenwache-beschlossen/>

37 http://www.skakeller.de/themen/migration-und-flucht/frontex-und-grenzen/kein-guter-deal-fuer-europa-einigung-zu-europaeischem-grenz-und-kuestenschutz.html?tx_universalcontentlists_detailview%5BcurrentPage%5D=1&cHash=5bde24deabaa6727d2311cf5d6ff705b

Die neue Mission startete am 22. Juni 2015. In einer ersten Phase ging es um Patrouillen auf hoher See, um – über Gespräche mit geretteten Flüchtlingen, über die Auswertung elektromagnetischer Ausstrahlungen und über elektro-optische Beobachtung – Informationen über Schleusernetzwerke und -routen zu gewinnen. Ende September erhielt die Operation einen neuen Namen. «Ich schlage den Mitgliedsstaaten vor», sagte die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini bei einer Pressekonferenz, «dass wir den Namen unserer Operation ändern: statt sie EUNAVFOR MED zu nennen, schlage ich den Namen Sophia vor.»[38] Sophia hieß das Mädchen, das einen Monat zuvor an Bord eines deutschen Kriegsschiffs der Mission geboren wurde. Seine Mutter, eine Somalierin, die seit fünf Monaten auf der Flucht war, wurde zusammen mit 453 weiteren Flüchtlingen aus Seenot gerettet.

Schon im Oktober 2015 wurde die Phase 2a eingeleitet. Seither ist Sophia – abgesichert durch einen Beschluss des UN-Sicherheitsrates – ermächtigt, auf hoher See verdächtige Schiffe anzuhalten, zu durchsuchen, zu beschlagnahmen und gegebenenfalls umzuleiten, um sie an Land der Zerstörung zuzuführen. Die Operation steht unter italienischem Kommando, Flaggschiff ist seit Juni 2016 der italienische Flugzeugträger Garibaldi. An ihr beteiligten sich im Sommer 2016 zudem das britische Aufklärungs- und Forschungsschiff Enterprise, das deutsche Versorgungsschiff Frankfurt am Main, die spanische Fregatte Reina Sofia sowie zwei Hubschrauber aus Spanien und Italien und drei Flugzeuge aus Frankreich, Luxemburg und Spanien.

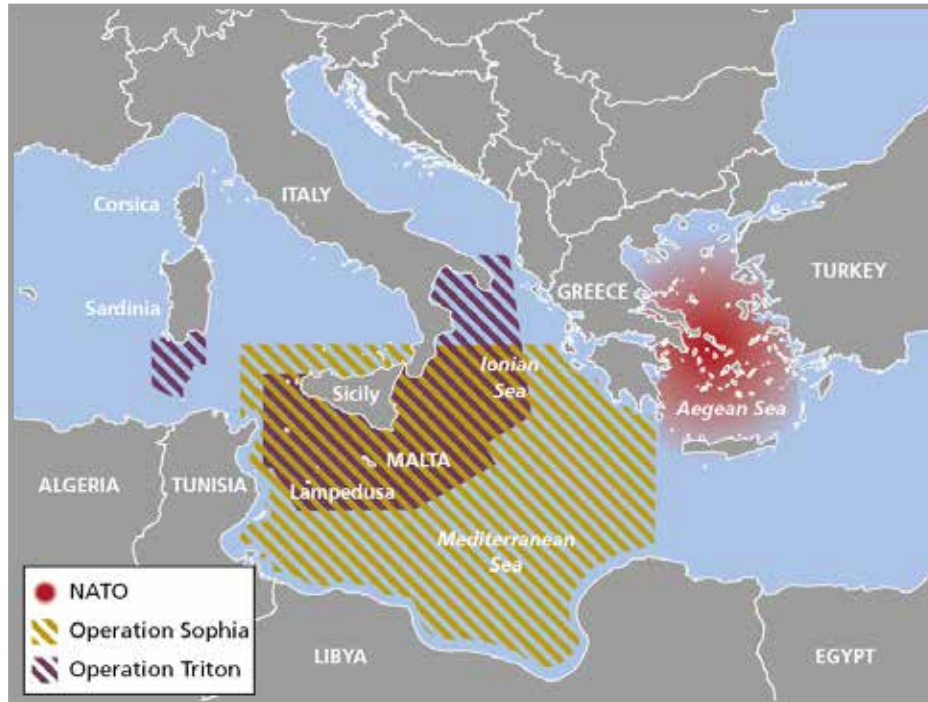
In der Tat hatte die Operation Sophia auch in ihrer zweiten Phase letztlich mehr Erfolg bei der Seenotrettung als bei der Bekämpfung des Menschen Schmuggels, ihrer eigentlichen Aufgabe. Die Flotte von Sophia, deren Kriegsschiffe turnusmäßig ausgetauscht werden, operiert seit etwas über einem Jahr und hat in dieser Zeit über 16.000 Menschen aus Seenot gerettet[39] (Mare Nostrum hatte im vergleichbaren Zeitraum 150.000 Flüchtlinge gerettet), aber bis Ende Mai wurden nur 69 mutmaßliche Schleuser, die unter den geretteten Flüchtlingen gefunden wurden, den italienischen Behörden überstellt. Man kann davon ausgehen, dass es «kleine Fische» waren. Diejenigen, die Millionen am Menschen Schmuggel verdienen, fahren nicht selbst ins Meer hinaus. 103 von Flüchtlingen benutzte Boote – 85 Schlauchboote und 18 Holzboote – wurden zerstört.[40]

38 <https://www.youtube.com/watch?v=MmYM-A8E2a0>

39 http://www.einsatz.bundeswehr.de/portal/a/einsatzbw/!ut/p/c4/LYuxDYAwDARnYYG4p2MLoEE0eZAVJ0HBgMT0pEBf3emeZmrLfMv0JiWz0kjTKr1_nH8CFkg-2d6GH02C6q9gLxyu9txKTQquoP6tpCRm0ARUOuLQfXgJ-yA!/

40 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/085/1808593.pdf>

Einsatzgebiete von Triton und Sophia



Quelle: : <http://ffm-online.org/?s=naval+operations+to+combat+migration>

Wie schon Mare Nostrum, aber anders als Triton, operiert auch Sophia bis zur Grenze der libyschen Küstengewässer. Nach Aussage des österreichische Generalleutnants Wolfgang Wosolsobe, Generaldirektor des Militärstabs der EU, wurden die Boote der Flüchtlinge, die auf Hoher See gerettet wurden, alle zerstört – nur in einem Fall konnte dies ein bewaffneter Schleuser verhindern. Wosolsobe stellt fest, dass die Marineoperation Sophia «die Schleuser zwang, ihr Geschäftsmodell zu ändern». Die Zerstörung ihrer teuren Holz- oder Fiberglasboote habe für sie einen «bedeutenden finanziellen Verlust» dargestellt. Deshalb seien sie auf billigere, aufblasbare Gummiboote chinesischer Herkunft umgestiegen, die wenig seetauglich seien.[41] Martin Kobler, Sonderbeauftragter des UN-Generalsekretärs für Libyen, hält fest: «Operation Sophia ist gerade ein Faktor, der Migranten anzieht. Die Schleuser schleppen die Boote aufs offene Meer hinaus, oft ohne einen Tropfen Diesel im Tank. Dann rufen sie die Notfallnummern an, weil sie wissen, dass die EU-Schiffe die Menschen retten.»[42]

41 <http://www.publications.parliament.uk/pa/ld201516/ldselect/ldcom/144/14406.htm>

42 <http://www.n-tv.de/politik/UN-erwarten-100-000-Fluechtlinge-aus-Libyen-article17594641.html>

Aufbau von Libyens Küstenwache

Solange Sophia nicht in den Küstengewässern oder gar auf dem Festland Libyens operieren darf, wird sie ihr Ziel nicht erreichen, und so lange brauchen sich die Schlepper keine großen Sorgen zu machen. In der gegenwärtigen Phase 2a ist das Einsatzgebiet von Sophia auf internationale Gewässer beschränkt. Erst in der Phase 2b soll sie auch in Küstengewässern und in der Phase 3 dann auch an Land operieren dürfen. Doch für beides bedarf es des Plazets der neuen libyschen Regierung der nationalen Einheit unter al Sarraj und einer weiteren UN-Resolution. Bislang hat die Regierung al Sarraj klargemacht, dass sie eine internationale Operation auf libyschem Hoheitsgebiet nicht wünscht.

Eine Öffnung libyscher Küstengewässer für Kriegsschiffe der EU oder gar eine Präsenz ausländischer Soldaten an Land würde die Glaubwürdigkeit der neuen libyschen Regierung beschädigen und ihren Gegnern in die Hände spielen, urteilt Wolfram Lacher, Libyen-Experte der Stiftung Wissenschaft und Politik. «Der Wiederaufbau einer staatlichen Ordnung in Libyen sollte Priorität haben»[43], fordert er und warnt davor, die libysche Regierung unter Druck zu setzen oder ihr finanzielle Unterstützung in Aussicht zu stellen, um sie zum Kampf gegen Schleuser zu bewegen. Auch meldet der Wissenschaftler Skepsis an, was eine mögliche Zusammenarbeit mit lokalen Einheiten der libyschen Küstenwache betrifft. Diese seien vielerorts ins Geschäft mit Flüchtlingen und Migranten verwickelt.

Die Phase 2b ist noch nicht eingeleitet. Stattdessen wurde das Mandat der Operation um zwei Aufgaben erweitert. Erstens beschlossen die EU-Außenminister am 20. Juni 2016 auf Ersuchen der neuen Regierung in Tripolis, eine libysche Küstenwache auszubilden. Jeweils Gruppen von etwa hundert libyschen Küstenwächtern sollen zunächst auf einem Schiff von Sophia eine etwa zehnwöchige Basisausbildung erhalten, danach in einem Mitglieds- oder Drittstaat weiter ausgebildet werden und später auf libyschen Patrouillenbooten üben. Sechs von diesen Booten, die unter Gaddafi einst zur Reparatur nach Italien geschickt wurden, sind zwar wieder einsatzfähig, liegen aber wegen des Waffenembargos noch immer in der tunesischen Hafenstadt Sfax. Die Ausbildung könnte etwa Ende August beginnen und wäre bestenfalls wohl im November abgeschlossen. Die Auswahl der Kandidaten wird die libysche Regierung vornehmen. Sophia behält sich ihre Überprüfung durch Frontex und Interpol vor. Das Ziel ist offenbar eine spätere Zusammenarbeit zwischen Sophia – vielleicht dann bereits in der Phase 2b operierend – und der neuen Küstenwache, um die Flüchtlinge schon in Küstengewässern oder beim Besteigen der Boote abzufangen.

«Die EU sendet zwar keine Menschen nach Libyen zurück, wissend, dass dies gegen das Gesetz verstößt», warnte jüngst Judith Sunderland, Vizedirektorin von Human Rights Watch, «sie zieht es vor, das schmutzige Geschäft an die libyschen Kräfte auszula-

43 <http://www.swp-berlin.org/publikationen/kurz-gesagt/libyen-ist-kein-partner-fuer-die-europaeische-fluechtlingspolitik.html>

gern.»[44] Die internationale Menschenrechtsorganisation hat in Sizilien 47 Flüchtlinge befragt, acht unter ihnen waren von der libyschen Küstenwache abgefangen worden und ein zweites Mal geflüchtet. Sie alle sprachen von schweren Misshandlungen in den Haftzentren Libyens durch Küstenwächter, Milizangehörige, kriminelle Banden und auch Regierungsbeamte. Die Mehrheit der Haftzentren wird von der Abteilung für die Bekämpfung der illegalen Migration geführt, die dem Innenministerium der neuen, international anerkannten Einheitsregierung unterstellt ist. Diese Abteilung hält in ungefähr 20 Zentren rund 3.500 Personen gefangen.

Ausweitung des Mandats

Als zweite zusätzliche Aufgabe soll Sophia fortan die Einhaltung des Waffenembargos, das der UN-Sicherheitsrat zehn Tage nach Beginn des Aufstands gegen Gaddafi im Arabischen Frühling 2011 verhängt hatte, vor der libyschen Küste auf hoher See überwachen. Die am 14. Juni 2016 vom UN-Sicherheitsrat einstimmig verabschiedete Resolution 2292 hat alle Staaten oder Regionalorganisationen - also auch die EU mit ihrem Marineverband Sophia – ermächtigt, «nach entsprechenden Konsultationen mit der Regierung der nationalen Eintracht, zur Gewährleistung der strikten Einhaltung des Waffenembargos gegen Libyen (...) auf hoher See vor der Küste Libyens Schiffe auf dem Weg nach oder aus Libyen zu überprüfen, bei denen hinreichende Gründe für die Annahme bestehen», dass sie gegen das Waffenembargo verstoßen.[45]

Kann man die Ausbildung einer Küstenwache noch als Teil der ursprünglichen Aufgabe von Sophia, der Bekämpfung von Schleusern und ihren Netzen des Menschenschmuggels, verstehen, hat die Implementierung des Waffenembargos damit höchstens noch insofern zu tun, als libysche Milizen und von ihnen kontrollierte Küstenwächter mit den Schleusern verbandelt sind. Doch ist fraglich, ob Sophia den Waffenexport an die Milizen, unter ihnen auch Verbände von Al Qaida und der Terrorgruppe «Islamischer Staat», wirksam unterbinden kann. Denn die Waffen, die vermutlich vor allem aus Syrien, den Emiraten und Ägypten kommen, werden in der Regel auf hoher See, aber östlich des Operationsgebiets von Sophia, auf kleinere Schiffe verladen, die dann überwiegend in Küstengewässern, in denen die EU-Flotte nicht patrouillieren darf, ihr Ziel an der libyschen Küste ansteuern.

44 <https://www.hrw.org/fr/news/2016/07/06/ue/otan-le-plan-europeen-met-en-danger-les-migrants-etranagers-detenus-en-libye>

45 http://www.un.org/depts/german/sr/sr_16/sr2292.pdf

Allerdings soll das Einsatzgebiet von Sophia schon bald Richtung Osten ausgeweitet werden. Bislang deckt es nämlich den Abschnitt vor den Küstengewässern im östlichsten Teil Libyens noch nicht ab. Gegen eine Ausweitung hat sich bislang Griechenland gewehrt – aus Angst, dass die Kriegsschiffe von Sophia, die bisher alle Flüchtlinge nach Italien gebracht haben, weiter östlich, in der SAR-Region Griechenlands[46], Menschen aus Seenot retten und sie im nahen Kreta oder auf dem griechischen Festland den zivilen Behörden überstellen.

Militarisierung des Grenzschutzes

Triton und Sophia haben beide entgegen ihrer Zwecksbestimmung – quasi ein Kollateralnutzen – letztlich vor allem Flüchtlinge gerettet. Triton sollte eigentlich die EU-Außengrenze schützen, Sophie sollte den Schleusern das Handwerk legen. Beide haben ihre Mission nicht erfüllt. Also ertönt der Ruf nach schärferen Geschützen, nach der Nato. Die westliche Militärallianz operiert seit diesem Frühling bereits in der Ägäis. Der vom deutschen Einsatzgruppenversorger Bonn als Flaggschiff geführte Verband von acht Kriegsschiffen habe geholfen, den Flüchtlingsstrom von der Türkei in die EU innerhalb kürzester zu stoppen, sagte die deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen bei einem Besuch vor Ort. «Die illegale Migration, das menschenverachtende Geschäft der Schlepper und die organisierte Kriminalität wurden mit ihrer Hilfe zurückgedrängt.»[47]

Die Idee war, die Kommunikationsblockaden zwischen griechischer und türkischer Küstenwache mit der neutralen Instanz Nato, der ja Griechenland wie die Türkei angehören, zu durchbrechen. Nato-Kriegsschiffe teilten ihre Erkenntnisse über den Standort von Flüchtlingsbooten beiden Seiten mit. Aber es ist eine Mär, dass es wesentlich den Kriegsschiffen der Nato geschuldet sei, wenn nur noch wenige Flüchtlinge von der Türkei auf die griechischen Inseln übersetzen. Die Massenflucht wurde vor allem von der türkischen Polizei und Gendarmerie gestoppt, die seit dem Abkommen mit der EU den Flüchtlingen den Weg zu den Ablegestellen abschneidet.

Am lautesten machte sich die italienische Verteidigungsministerin Roberta Pinotti für einen Nato-Einsatz auch vor der libyschen Küste stark. Sie forderte schon im April 2016 eine Neuausrichtung der laufenden Nato-Operation Active Endeavour. Diese war gestartet worden, nachdem der Nato-Rat nach den Attentaten vom 11. September 2001 zum ersten

46 Die internationalen Gewässer sind in SAR (Search and Rescue)-Regionen aufgeteilt. Siehe die Karte: <https://www.uscg.mil/hq/cg5/cg534/nsarc/IMO%20Maritime%20SAR%20Regions.pdf> (Seiten 7 und 8)

47 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/nato-mission-in-der-aegeis-ursula-von-der-leyen-macht-kontrolle-a-1088333.html>

Mal in der Geschichte das Inkrafttreten des Bündnisfalls nach Artikel 5 des Washingtoner Vertrags beschlossen hatte. Pinotti schlug nun vor, «Active Endeavour von einer antiterroristischen Operation mit Schwerpunkt im östlichen Mittelmeer in eine Mission zur Überwachung der libyschen Küsten» umzuwandeln.[48]

Auf dem Nato-Gipfel in Warschau kamen die Staats- und Regierungschefs der Mitglieder des Militärbündnisses diesem Wunsch im Juli 2016 nach. «Wir haben Active Endeavour, die Seeoperation, die wir im Mittelmeer nach Artikel 5 durchführen und die zum Kampf gegen den Terrorismus beigetragen hat, in eine Operation maritimer Sicherheit überführt, die nicht mehr auf Artikel 5 basiert, die Operation Sea Guardian»[49], heißt es im Abschlusskommunique des Gipfels, man werde auf Verlangen der EU die Operation Sophia logistisch unterstützen, in dem man ihr Aufklärungs- und Überwachungstechnologie zur Verfügung stellen werde. Zudem will die Nato auch einen Beitrag zum Aufbau des Küstenwache und der Marine Libyens leisten, «wenn die legitimen libyschen Behörden und/oder die EU darum bitten». Dies alles im Rahmen der vom UN-Sicherheitsrat am 14. Juni beschlossenen Resolution 2292.

Doch solange Nato-Schiffe nicht in libysche Küstengewässer vordringen dürfen, werden auch sie nicht mehr Erfolg als Sophia haben. Letztlich wird man den Schleppern nur mit – libyschen oder internationalen - Truppen an Land das Handwerk legen können. Nato-Truppen auf libyschem Boden aber würde all jenen Kräften Auftrieb geben, die die neue Regierung in Tripolis bekämpfen und auf eine Destabilisierung setzen.

Grenzkontrollen am Brenner

Deshalb werden an der libyschen Küste trotz der EU-Operationen Triton, Sophia und der nun neuen Nato-Operation Sea Guardian auch in diesem Jahr weiter afrikanische Flüchtlinge in die Boote steigen, von europäischen Kriegsschiffen oder Hilfsschiffen von NGOs wie Sea-Watch, MOAS, SOS Mediterranée und Ärzte ohne Grenzen vielleicht gerettet werden, vielleicht aber auch ertrinken.

Wo aber werden die Überlebenden alle bleiben? In früheren Jahren hat Italien zahlreiche Flüchtlinge allenfalls registriert, dann aber weiterziehen lassen, und viele haben sich in den Norden durchgeschlagen. Nach der Schließung der Balkanroute befürchtete Österreich eine massive Einwanderung aus Italien. Ende April drohte Innenminister Wolfgang Sobot-

48 <http://www.lastampa.it/2016/04/25/esteri/pinotti-italia-pronta-a-garantire-la-sicurezza-dellonua-tripoli-y3JHxMsbN8XrlqgdUG6N2I/pagina.html>

49 http://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_133169.htm?selectedLocale=en Absatz 91

ka, gerade eine Woche im Amt, damit, am Brenner wieder Grenzkontrollen einzuführen: «Wir werden die Vorrichtungen für einen Zaun zwar errichten, aber den Zaun nicht einhängen.»[50] Vorsorge für den Notfall? Die Gründe sind wohl eher in der Innenpolitik zu suchen. In Österreich stand die zweite Runde der Präsidentschaftswahl an, und es galt, den Kandidaten der rechtspopulistischen FPÖ, der die Ängste vor einer Masseninvasion befeuerte, zu verhindern. Der noch nicht eingehängte Zaun sollte signalisieren: Wir nehmen eure Ängste ernst.

Aus Italien, das von Grenzkontrollen und langen Wartezeiten einen immensen wirtschaftlichen Schaden befürchtete, kam umgehend Protest. Premierminister Matteo Renzi sprach von einer «Unverschämtheit gegenüber den europäischen Regeln, wie auch gegen die Geschichte, die Logik und die Zukunft.»[51] Dem österreichischen Innenminister sprang sein deutscher Amtskollege zur Seite. «Was am Brenner geschieht, liegt zuallererst und vordringlich in der Hand Italiens»[52], sagte Thomas de Maizière. Es sei Italiens Aufgabe, eine Flüchtlingsbewegung über die Alpen zu verhindern. Auf die Frage, wann denn Italien überfordert sein könnte, stellte er folgende Rechnung auf: Griechenland mit zehn Millionen Einwohnern habe 60.000 Flüchtlinge akzeptiert. Bei Italien mit 60 Millionen könne man ausrechnen, ab wann das Land Hilfe bräuchte. Das wäre etwa bei 350.000, «und davon sind wir weit entfernt».[53] So weit nicht mehr, wenn Frontex-Chef Leggeris Prophezeiung denn eintrifft, was doch sehr wahrscheinlich ist.

Am 4. Mai genehmigte die EU-Kommission Österreich, Deutschland und den skandinavischen Ländern die Fortsetzung von Grenzkontrollen im Schengenraum für weitere sechs Monate, nahm aber davon Grenzkontrollen am Brenner ausdrücklich aus. Am 22. Juni gab dann der neue österreichische Bundeskanzler Christian Kern Entwarnung: «Die Zahl der Flüchtlinge, die tatsächlich über diese Grenze kommen, lässt sich an den Fingern einer Hand abzählen.»[54] Viele Flüchtlinge werden schon weit vor der Grenze bei systematischen Zugskontrollen von italienischen Polizisten an der Ausreise gehindert.

Ähnlich sieht es im Grenzgebiet zur Schweiz aus, die zwar nicht der EU, aber dem Schengenraum angehört. Schon im Hauptbahnhof von Mailand hindern Polizisten viele Flüchtlinge am Besteigen eines Zuges Richtung Norden. Trotzdem ist die Zahl jener, die illegal in die Schweiz einreisen, in den letzten Monaten deutlich gestiegen. In einer einzigen Juni-Woche wurden – ein Rekord – 874 illegale Grenzübertritte festgestellt[55], eine Zahl, die sich

50 <http://www.br.de/mediathek/video/sendungen/nachrichten/sobotka-fluechtlinge-brenner-100.html>

51 http://www.repubblica.it/esteri/2016/04/27/news/brennero_barriera-138562961/

52 <http://www.tagesschau.de/inland/demaiziere-brenner-101.html>

53 <http://derstandard.at/2000035997139/Deutschland-und-Oesterreich-nehmen-Italien-in-die-Pflicht>

54 <http://www.zeit.de/news/2016-06/22/oesterreich-oesterreichs-kanzler-sieht-kein-fluechtlingsproblem-am-brenner-und-lobt-italien-22162609>

55 http://www.swissinfo.ch/ger/illegale-einwanderung_migranten-werden-in-chiasso-mangelhaft-geprueft/42241210

allerdings gering ausnimmt im Vergleich zur Zahl jener, die in Sizilien Woche für Woche an Land gehen oder gar jener, die im Oktober und November des vergangenen Jahres auf der griechischen Insel Lesbos strandeten.

Auch von der italienischen Riviera an die Côte d'Azur zu fliehen, ist schwieriger geworden. Die italienisch-französische Grenze wird seit den Attentaten in Paris und Nizza auf französischer Seite streng kontrolliert. Trotzdem versuchten in der italienischen Grenzstadt Ventimiglia Anfang Juli einige hundert Flüchtling auf der Straße zur französischen Grenze vorzustoßen. Sie wurden prompt von italienischen Polizisten daran gehindert.

Hotspots, Aufnahme- und Abschiebelager

Vor allem unter dem Druck der EU und wohl auch aus Angst vor der Einführung von Grenzkontrollen am Brenner führt Italien heute ein strengeres Grenzregime durch als in den vergangenen Jahren. Von den 170.000 Flüchtlingen, die 2014 in Italien ankamen, suchten nur etwa 65.000 um Asyl nach.[56] Die andern, vor allem Syrer und Eritreer, tauchten unter oder verschwanden Richtung Norden, um dort einen Asylantrag zu stellen. Im Dezember 2015 leitete die EU-Kommission deshalb gegen Italien (wie übrigens auch gegen Malta, Griechenland, Kroatien und Ungarn) ein Vertragsverletzungsverfahren ein wegen mangelhafter Umsetzung der Eurodac-Verordnung, nach der von Asylsuchenden Fingerabdrücke zu nehmen und innerhalb von 72 Stunden nach der Registrierung an das Zentralsystem von Eurodac zu übermitteln sind.

Verschiedenen Zeitungsberichten zufolge wird diese Spanne oft überschritten. Ärzte ohne Grenzen klagte zudem über hygienische Missstände und menschenwürdige Rahmenbedingungen im Hotspot von Pozzallo (Sizilien). Überprüfen lassen sich solche Angaben nur schwerlich. Journalisten haben keinen freien Zutritt. In den Hotspots wird eine erste Unterteilung vorgenommen zwischen jenen, die Asyl beantragen und aufgrund ihrer Nationalität für eine Umverteilung in andere EU-Staaten infrage kommen (das sind nach den EU-Kriterien Syrer und Eritreer), und jenen, die als Migranten eingestuft werden, aber ebenfalls das Recht haben, Asyl zu beantragen. Wer um Asyl nachsucht, wird in ein Asylbewerberaufnahmезentrum (Centro di Accoglienza Richiedenti Asilo – CARA) gebracht. Insgesamt leben zur Zeit etwa 120.000 Flüchtlinge[57] in Aufnahmeeinrichtungen, im Jahr

56 Raffaella Cosentino, *Il rischio dell'indifferenza*, in: dies. (Hg.), *Immigrazione*, ed. Città Nuova Editrice, Roma 2016, S. 35

57 möglicherweise auch 200.000 (F.A.Z., 07.07.2016)

2014 mit den meisten Ankünften waren es nur 66.000.[58] Die Situation ist insofern also besser geworden. Überdies hat im Mai 2016 das Innenministerium alle 80 Provinzen des Landes verpflichtet, 70 zusätzliche Plätze zu schaffen. Und zudem ist im Gespräch, über Vergünstigungen und finanzielle Anreize die Gemeinden direkt für die Aufnahme weiterer Flüchtlingen zu gewinnen. Das soll ihre Integration in die italienische Gesellschaft erleichtern.

Bei der Einleitung des Vertragsverletzungsverfahrens Ende 2015 hatte die EU-Kommission moniert, dass erst ein einziger Hotspot zur Registrierung der Flüchtlinge vollumfänglich funktioniere, jener in Lampedusa, und gefordert, dass innerhalb von Tagen zwei weitere Hotspots in Sizilien eingerichtet würden: in Pozzallo und Porto Empedocle. Innenminister Alfano beschwerte sich umgehend: «Dieses Vertragsverletzungsverfahren scheint mir ungerecht und unvernünftig (...) Italien verdient ein großes Dankesverfahren für das, was es geleistet hat, weil es menschliches Leben gerettet hat.»[59] Zudem mahnte er: «Der strategische Plan der EU besteht aus Hotspots und auch aus Umverteilung der Flüchtlinge. Also ist klar, dass wir Hotspots aufmachen müssen, aber auch klar ist, dass die Umverteilung funktionieren muss.» Im September 2015 hatte die EU beschlossen, dass innerhalb von zwei Jahren insgesamt 39.600 Flüchtlinge aus Italien auf andere EU-Staaten zu verteilen seien. Bis Mitte Juni 2016 wurden aus Italien erst 777 Flüchtlinge umverteilt, also etwa zwei Prozent vom Soll, vor allem nach Frankreich, Finnland und Portugal.[60]

Trotzdem versucht Italien, seine von der EU gestellten Hausaufgaben zu erfüllen. Inzwischen werden ankommende Flüchtlinge an vier Hotspots – in Lampedusa, Trapani, Pozzallo (alle drei in Sizilien) und Taranto (Apulien) – registriert und erkennungsdienstlich behandelt, zum Teil von Screeningexperten des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (Easo). Zu diesen Hotspots, die insgesamt 1.600 Plätze[61] bieten, werden die Flüchtlinge, die auf hoher See gerettet werden, in der Regel hingebacht. Die Einrichtung zweier weiterer Hotspots in Messina und Mineo (beide in Sizilien) ist im Gespräch. Zudem sollen in Augusta, Palermo (beide in Sizilien) sowie in Reggio Calabria und Crotona (beide in Kalabrien) sogenannte mobile Hotspots eingerichtet werden, um Flüchtlinge abzufangen, die jenseits der fixen Hotspots an Land gehen.

Das Innenministerium schlug außerdem vor, auch einen sogenannten schwimmenden Hotspot auf hoher See einzurichten. Aber nach heftigem Protest scheint der Vorschlag, den auch Jean-Claude Juncker durchaus diskutabel fand, vom Tisch. «Die Migranten, die auf See gerettet werden, haben das Recht, auf Grundlage ihrer persönlichen Geschichte und nicht einer sogenannten Liste «sicherer Länder» einen Asylantrag zu stellen und, wenn dem

58 <https://www.tagesschau.de/ausland/italien-fluechtlinge-119.html>

59 http://www.rainews.it/dl/rainews/articoli/Hotspot-Ue-a-Italia-Prendere-le-impronte-ai-migranti-anche-con-uso-della-forza-20923f50-6f54-4cdb-83ff-4b23defc9682.html?print&refresh__ce

60 European Commission, Fourth report on relocation and resettlement, 15.06.2016

61 http://www.corriere.it/cronache/16_giugno_03/migranti-tre-nuovi-hotspot-mobili-viminale-ue-procedura-infrazione-c6aa95ac-28ff-11e6-b8af-ff693661c815.shtml

Antrag nicht stattgegeben wird, dagegen Einspruch zu erheben», hatte sich Nunzio Galantino, Generalsekretär der italienischen Bischofskonferenz empört, «auf Schiffen ist dieser Weg, internationalen Schutz einzufordern, nicht möglich.»[62] Man könne doch nicht Tausende von Personen irgendwo auf dem Meer ohne bestimmtes Ziel zwischensparen, es sei denn, man wolle sie in die Häfen Libyens und Ägyptens zurückschicken, wo sie zu neuen Formen der Ausbeutung verdammt wären.

Zur Zeit werden – bei bislang noch niedrigen Anlandungszahlen, die Monate mit ruhigster See stehen noch bevor – etwa 94 Prozent der Ankömmlinge registriert.[63] Tendenz wieder leicht fallend. Rund 80 Prozent der Neuankömmlinge haben in Italien einen Asylantrag gestellt, deutlich mehr als im vergangenen Jahr. Wer keinen stellt, kriegt einen Zettel in die Hand gedrückt mit der Aufforderung, das Land innerhalb von sieben Tagen zu verlassen. Viele tauchen dann einfach unter oder machen sich in den Norden auf. Und falls sie aufgegriffen werden, können sie in der Regel nicht ausgewiesen werden. Sie kommen ja oft ohne Dokumente an, und mit den meisten Staaten gibt es kein Rückführungsabkommen. Am ehesten noch werden Flüchtlinge aus Ägypten und Tunesien in ihre Länder abgeschoben. Bloß, da kommen die wenigsten her.

Von den im vergangenen Jahr beurteilten Asylbewerbern wurden nur 5% (2014: 10%) als Flüchtlinge anerkannt, weitere 14% (2014: 23%) erhielten subsidiären Schutz, weitere 22% (2014: 28%) erhielten humanitären Schutz, 58% (2014: 39%) wurden abgelehnt und müssten eigentlich das Land verlassen.[64] Einige wenige von ihnen werden in Abschiebezentren (Centri di identificazione ed espulsione – CIE) untergebracht, wo sie maximal sechs Monate festgehalten werden können. Von diesen CIE wurden vor geraumer Zeit mehrere geschlossen. Jetzt gibt es noch vier – in Rom, Bari, Turin und Caltanissetta (Sizilien). Es sind geschlossene Haftanstalten. Alle zusammen bieten etwa 500 Personen Platz.

Allerdings waren diese CEI im Jahr 2015 mehrheitlich mit Ausländern belegt, die zu Freiheitsstrafen verurteilt worden waren und nach Verbüßung ihrer Strafe ausgewiesen werden sollten, oder mit Ausländern, deren Aufenthaltsberechtigung abgelaufen war. Und nur 52% der 5.242 Personen, die im vergangenen Jahr in ein CEI eingewiesen wurden und durchschnittlich 25 Tage blieben, konnten in ihr Herkunftsland zurückgeführt werden.[65] Rücknahmeabkommen gibt es mit Tunesien, Ägypten, Marokko und auch Nigeria.

62 http://www.repubblica.it/vaticano/2016/06/01/news/galantino_no_ai_centri_sulle_navi_dobbiamo_salvare_i_migranti_e_poi_offrirgli_un_futuro_-141046866/

63 <http://www.ilsole24ore.com/art/notizie/2016-05-31/piu-hotspot-e-rimpatri-volontari-063753.shtml?uuid=AD3QRxS>

64 http://www.interno.gov.it/sites/default/files/modulistica/riepilogo_dati_2014_2015.pdf

65 Bericht des Senats vom Februar 2016: http://www.meltingpot.org/IMG/pdf/cie_rapporto_aggiornato_11_febbraio_2016.pdf

(sämtliche Übersetzungen der Zitate aus dem Englischen, Italienischen oder Französischen vom Autor)

Ausblick

Italien hat 120.000 Plätze in Aufnahmeeinrichtungen, 300.000 Flüchtlinge werden für dieses Jahr erwartet. Erst 777 Flüchtlinge wurden in andere EU-Staaten umverteilt. Griechenland und Italien sind allein aufgrund ihrer geographischen Lage die beiden Staaten, in denen die allermeisten Flüchtlinge Boden der EU betreten. Ob das Abkommen zwischen der EU und der Türkei hält und in Griechenland weiterhin nur noch wenige Flüchtlinge ankommen, ist offen. Ein ähnliches Abkommen zwischen Libyen und der EU wird es aber in absehbarer Zeit nicht geben. Die verstärkte Abschottung Europas, in der fatalerweise immer mehr Regierungen Europas die Lösung des Problems sehen, wird auch mit der partiellen Auslagerung des Grenzregimes in afrikanische Staaten, in die aus guten Gründen bislang nicht ausgeliefert werden darf, auf absehbare Frist nicht gelingen. Und so wird Italien der vorerst wichtigste Aufnahmestaat bleiben. Ohne Abschaffung des Dubliner Abkommens aber und ohne Umverteilung der ankommenden Flüchtlinge auf die übrigen EU-Staaten drohen in Italien die jetzt schon starken EU-feindlichen politischen Kräfte Zulauf zu gewinnen. Für die EU ein großes Problem – ein noch größeres aber für jene, die vor Krieg und Elend geflohen sind. Denn in Italien sind die EU-feindlichen und die ausländerfeindlichen Kräfte weitgehend dieselben.

Der Autor

Thomas Schmid arbeitet seit 2016 als freier Journalist in Berlin. Zuvor war er leitender Redakteur und Auslandsreporter der «Berliner Zeitung», von 1995 bis 1996 Chefredakteur der «taz».

Impressum

Herausgeberin: Heinrich-Böll-Stiftung e.V.,
Schumannstraße 8, 10117 Berlin
Redaktion: Kirsten Maas-Albert und Markus Bickel
Kontakt: Kirsten Maas-Albert, **E** maas-albert@boell.de

Erscheinungsort: www.boell.de
Erscheinungsdatum: August 2016
Lizenz: Creative Commons.(CC BY-NC-ND 4.0)

Die vorliegende Publikation spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Heinrich-Böll-Stiftung wider.

Weitere E-Books zum Downloaden unter
www.boell.de/publikationen